

«In Liechtenstein darf nur die Hälfte der Bevölkerung wählen»

FL-Institut Im letzten Teil der Vortragsreihe «Migration-Integration-Partizipation» beschäftigte sich der Politikwissenschaftler Wilfried Marxer mit der Frage, wie soziale und politische Integration in Liechtenstein stattfindet.

VON HANNES MATT

Der Direktor und Forschungsleiter Politik am Liechtenstein-Institut Wilfried Marxer nahm am Dienstag vor prominentem Publikum höchstpersönlich den Laserpointer in die Hand und referierte über die soziale und politische Integration in Liechtenstein. Schon in der Vergangenheit war das Land von Migrationsprozessen betroffen. Früher wanderten viele Liechtensteiner auf der Suche nach Arbeit und sozialem Aufstieg aus. Das hat sich seit dem Aufschwung umgekehrt und das Fürstentum wurde selbst vermehrt ein Ziel für Arbeitssuchende aus dem Ausland. Nicht verwunderlich, gibt es im Land doch fast so viele Arbeitsplätze wie Einwohner. Liechtensteins Wirtschaft ist auf diese ausländischen Kräfte angewiesen.

Pendler verfälschen Ausländeranteil

Dabei gibt es mehr Zupendler als im Land beschäftigte Einwohner. «So bildete sich ein Wohngürtel um unser Land. Zudem ist es den Pendlern zu verdanken, dass wir den Ausländeranteil in unserem Land stabil halten konnten», erklärte Marxer. «Wenn alle im Land wohnen würden, hätte die Bevölkerung etwa 65 000 Einwohner erreicht.»

Weiter machte der Referent mit vielen alten wie neuen Zeitungsausschnitten die Entwicklung von Überfremdung und Ausländerfeindlichkeit deutlich. In der Diskussionskultur würden heute mehr einzelne, ausländische Personen in den Mittelpunkt gerückt (siehe: Leserbrief zur LfV-Präsidentenwahl oder die Führung der LIEmobil). Positiver beurteilte

«Es besteht eine grosse Kluft zwischen Deutsch- und Fremdsprachigen.»

WILFRIED MARXER
LIECHTENSTEIN-INSTITUT



Der Politikwissenschaftler Wilfried Marxer mit einem eindrücklichen Referat im Vereinshaus in Gamprin. (Foto: Paul Trummer)

Marxer die heftigen Reaktionen der Politik gegenüber rassistisch-motivierten Straftaten, die in den letzten Jahren klar abgenommen hätten und ergänzte: «Übertriebener Nationalstolz ist bei den meisten Einheimischen sowieso nicht zu erkennen, das Land ist schlicht zu klein, um grosse staatliche Leistungen zu vollbringen.»

Probleme mit der Sprache

Indes sind seit den 90er-Jahren die Einwandererzahlen aus fremdsprachlichen Ländern rasant angestiegen. «Das stellt besonders die Bildungs- und Integrationspolitik neue Aufgaben. Sozialer Hintergrund hat heute grossen Einfluss auf die schulischen Leistungen - es besteht eine grosse Kluft zwischen Deutsch- und Fremdsprachigen», erläuterte Marxer. Und die Herkunftszahlen in den Schulen sprechen für sich: Während Liechtenstein mit der Schweiz und Österreich einen Ober-schüleranteil von ca. 15 Prozent auf-

weist, liegen die Anteile für Südeuropa bei 51 Prozent und Ost- und Südosteuropa sowie der Türkei, dem Nahen Osten und Nordafrika bei 58 Prozent. Marxer sagt es klar: «Chancengleichheit sieht anders aus.» Dies würde sich auch in den Arbeitslosenquoten und den sozialen Leistungen zeigen. Auch politisch hätten die Einwanderer wenig zu sagen, während in den EU-Ländern bereits kommunales Wahlrecht auch für Ausländer gilt. «Unser Land ist in diesem Bereich ein Exot.» Hier treffe das Argument der Betroffenheit zu: Warum sollte jemand, der hier Steuern zahlt, nicht auch das Recht haben mitzubestimmen? So verwundert es auch nicht, dass über die Hälfte der im Land wohnhaften Bevölkerung nicht wählen darf. Dann wäre beispielsweise die steuerliche Behandlung von Wohneigentum, welches grossteils den Liechtensteinern gehört, vielleicht kein «politischer Selbstmord».

Doppelbürgerschaften als Vorteil

Auch in der Einbürgerungspolitik sieht Wilfried Marxer grosses Potenzial, besonders in der doppelten

Staatsbürgerschaft. «Unser verletzlicher Kleinstaat sollte grosses Interesse haben, möglichst viele solcher Doppelbürgerschaften abzuschliessen» erklärte der Politikwissenschaftler. «Damit würden unter anderem Risiken minimiert, besonders wenn es wirtschaftlich nicht mehr so gut läuft. Die Menschen könnten dann auch andernorts Wohnsitz nehmen.»

Vereine mit Integrationsleistung

Ein grosses Lob sprach Wilfried Marxer den Integrationsleistungen von Vereinen, Verbänden und anderen NGOs zu: «Besonders in Sportclubs kommen viele Ausländer mit Einheimischen in Kontakt. Darüber sind aber momentan Studien im Gange.» Erleichtern und verbessern könne man noch die Einbürgerungsbestimmungen, besonders mit Blick auf die Pendlerthematik. Das Land solle sich hier mehr als Region definieren und die errichteten «Mauern» im Rheintal abbauen. Ein weiterer Punkt sei die Verstärkung der Chancengleichheit, die Einräumung von politischen Rechten und die Einbeziehung der Ausländer in die Parteienlandschaft.